Informationen zur Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses

am Montag, 21. November 2022, um 17:00 Uhr, im Sitzungssaal des Interimsrathauses

I. Öffentliche Sitzung

- 1. Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Kommunen in Bayern e.V. (AGFK Bayern);
Steigerung des Radverkehrsanteils im Binnenverkehr;
Mobilitätsbefragung zum werktäglichen Verkehrsverhalten der Bevölkerung
Erhebung Modal Split 2022;
Vorstellung des Kurzberichts und Kenntnisnahme**

Beschlussvorschlag:

Die Ergebnisse des Kurzberichts der Mobilitätsbefragung (Modal Split-Erhebung) vom 7. November 2022, erstellt durch das Ingenieurbüro Helmert aus Aachen, werden zur Kenntnis genommen.

Die Verwaltung wird beauftragt die Erhebungsergebnisse zum Mobilitätsverhalten bei zukünftigen Planungen bzw. im Rahmen des derzeit in Bearbeitung befindlichen Radverkehrskonzepts entsprechend zu berücksichtigen und damit den Radverkehrsanteil weiter zu steigern.

Abstimmungsergebnis:

Erläuterungen:

Der Stadtrat der Stadt Herzogenaurach hat in der Sitzung am 26. September 2013 für die Aufnahme als Gründungsmitglied in der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Kommunen in Bayern e.V. (AGFK Bayern) das Ziel beschlossen, den Radverkehrsanteil im Binnenverkehr (Modal Split) von 20 % (Erhebung 2012) auf 25 % bis zum Jahre 2020 zu steigern. Erreicht werden sollte dies durch den weiteren Ausbau der Infrastruktur, Berücksichtigung des Radverkehrs bei Neu- und Umplanungen sowie durch Öffentlichkeitsarbeit. Darüber hinaus wurde die Sicherheit für Radfahrerinnen und Radfahrer weiterhin verbessert.

Um diesen Beschluss zu vollziehen bzw. zu überprüfen, ob dieses Ziel erreicht werden konnte, wurde nach einer durch die Corona-Pandemie bedingten Verschiebung im Jahr 2022 das Mobilitätsverhalten der Einwohner der Stadt Herzogenaurach nach 2002 und 2012 erneut abgefragt. Die aktuellen Ergebnisse der Mobilitätsbefragung geben Aufschluss darüber, wie der Stand und die Entwicklung der Verkehrsmittelwahl der Bürger sind und wo die Stadt Herzogenaurach im Vergleich zu anderen Städten steht. Es wird darüber hinaus aufgezeigt, welche Verkehrsmittel in einzelnen Ortsteilen oder Altersgruppen überwiegen und wo Entwicklungsmöglichkeiten vorhanden sind.

In der Sitzung stellt das beauftragte Ingenieurbüro Helmert die wesentlichen Ergebnisse des Kurzberichts der Mobilitätsbefragung vor und steht für Rückfragen zur Verfügung.

2. Vorstellung der Machbarkeitsstudie für einen Erweiterungsbau für die Mittagsbetreuung der Grundschule Niederndorf; Information
--

Information:

Die Mittagsbetreuung der Grundschule Niederndorf befindet sich in zwei Klassenzimmern bzw. Fachräumen im UG. Sie stößt an ihre räumlichen Grenzen. Vor dem Hintergrund des ab dem Schuljahr 2026/2027 geltenden Rechtsanspruchs (beginnend mit Jgst. 1) auf eine Form der Ganztagsbetreuung und hinsichtlich möglichen Wachstums der Schule, wurde eine Machbarkeitsstudie beauftragt, die den zusätzlichen Bau eines Mittagsbetreuungs-Gebäudes in räumlicher Nähe zum bestehenden Schulgebäude prüfen sollte. Das beauftragte Architekturbüro wird das Ergebnis vorstellen. Im nächsten Schritt würden dann ab dem Haushalt 2023 Mittel für eine Planung eingestellt werden.

keine Abstimmung

3. Status Energiewende, European Energy Award® (eea®) 2022; Zustimmung zum energiepolitischen Programm/eea-Maßnahmenkatalog 2023

Beschlussvorschlag:

Dem Stadtrat wird empfohlen, wie folgt zu beschließen:

Energiepolitisches Programm / eea-Maßnahmenplan 2023

Der Stand zur Energiewende Herzogenaurach und zu umgesetzten Maßnahmen 2022 (Anlage 1) wird zur Kenntnis genommen.

Dem Maßnahmenkatalog 2023 (Anlage 2) wird vorbehaltlich der Mittelbereitstellung zugestimmt. Ende des Jahres 2023 ist den politischen Gremien ein Bericht über die umgesetzten Maßnahmen und eine Maßnahmenplanung für das folgende Jahr vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Erläuterungen:

Grundlage für die Klimaschutzaktivitäten der Stadt bilden der Stadtratsbeschluss zur regenerativen Vollversorgung von 2011 und das darauf aufbauende Klimaschutzleitbild von 2018. Mit dem Umwelt- und Qualitätsmanagement des eea® wird der Fortschritt der städtischen Klimaschutzaktivitäten in einem jährlichen Rhythmus überprüft. Ziel ist eine kontinuierliche Verbesserung. So werden auch die Anforderungen für die Bewertung der Aktivitäten seitens des eea® fortlaufend angepasst. 2022 erfolgte das interne Audit deshalb nach neuen, verschärften Anforderungen, die sich u.a. an den politischen Zielen der Bundesregierung ausrichten. Des Weiteren hat auf Basis der Bestandsaufnahme 2022 das Energieteam den Maßnahmenkatalog/das energiepolitische Programm für 2023 erarbeitet. Die Maßnahmen wurden in der eea®-Energieteamsitzung am 26. Oktober 2022 besprochen.

4. Bebauungsplan Nr. 40 "Berufsschule" - 1. Änderung, nach § 13a BauGB; Aufstellung
--

Beschlussvorschlag:

Für den im Lageplan vom 11. November 2022 dargestellten räumlichen Geltungsbereich wird der Bebauungsplan Nr. 40 „Berufsschule“ – 1. Änderung, nach § 13a BauGB aufgestellt.

Gemäß § 13a BauGB „Bebauungspläne der Innenentwicklung“ wird das beschleunigte Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB angewendet.

Es sind folgende Voraussetzungen für die Anwendung von § 13a BauGB erfüllt:

- Es handelt sich um ein Vorhaben der Innenentwicklung,
- die zulässige Grundfläche beträgt weniger als 20.000 m²,
- es wird nicht die Zulässigkeit von Vorhaben begründet, die einer Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterliegen,
- es liegen keine Anhaltspunkte vor, dass FFH- oder europäische Vogelschutzgebiete beeinträchtigt werden.

Nach § 13a Abs. 2 Nr. 1 i. V. m. § 13 Abs. 3 BauGB wird von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, dem Umweltbericht nach § 2a BauGB, von der Angabe nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind sowie von der zusammenfassenden Erklärung nach § 10a Abs. 1 BauGB abgesehen. § 4c BauGB ist nicht anzuwenden.

Darüber hinaus bestehen keine Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung der in § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchstabe b) BauGB genannten Schutzgüter.

Abstimmungsergebnis:**Erläuterungen:**

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes umfasst das Gelände der staatlichen Berufsschule Herzogenaurach (Fl.Nr. 3580, Gemarkung Herzogenaurach) und weist eine Gesamtfläche von ca. 38.000 m² auf.

Innerhalb dieser Fläche befinden sich die Schulgebäude, die dazugehörige Parkplatzanlage im Westen und die Sportflächen im östlichen Grundstücksteil. Hierbei handelt es sich um einen Rasenplatz mit südlich angegliederter 100 m-Laufbahn, einem nördlich gelegenen Hartplatz (Allwetterplatz) und Leichtathletikeinrichtungen (z. B. Weitsprung- / Kugelstoßanlage).

Der Geltungsbereich wird im Süden und Westen durch die Erlanger Straße bzw. durch den Friedrich-Weiler-Platz, im Norden durch den Schwester-Ennodia-Weg und im Osten durch die Bebauung entlang der Orion- bzw. der westlichen Bauzeile entlang der Merkurstraße begrenzt.

Die gesamte Fläche der Berufsschule ist durchgrünt und die Wohnhäuser insbesondere Richtung Norden werden durch dichten Baum- / Strauch- und Heckenbestand von den Sportanlagen optisch getrennt.

Mit Anschluss an das städtische Fuß- und Radwegenetz verlaufen Wege durch das Plangebiet.

Bei dem Änderungsplan handelt es sich um eine Teilfläche aus dem Ursprungsbebauungsplan Nr. 40 „Berufsschule“, der am 18. März 1982 rechtswirksam geworden ist.

Der Geltungsbereich des Ursprungsbebauungsplans umfasst – zusätzlich zum Gelände der Berufsschule – die geplante Bebauung entlang der Orionstraße und die westliche Bauzeile der Merkurstraße. Diese Flächen sind als „allgemeines Wohngebiet“ nach § 4 BauNVO bzw. im Süden als „Mischgebiet“ nach § 6 BauNVO festgesetzt. Die Art der baulichen Nutzung für die Einrichtungen der Berufsschule ist als „Sondergebiet“ (§ 11 BauNVO) festgesetzt.

In den textlichen Festsetzungen wird hierzu ausgeführt:

„Im Sondergebiet ... ist eine Berufsschule und sämtliche dazugehörige Einrichtungen, einschließlich Sportflächen zulässig“.

Eine planungsrechtliche Beurteilung dieser Festsetzung durch das Landratsamt hat ergeben, dass eine über die unmittelbar im Zusammenhang mit der Berufsschule stehende Nutzung nicht zulässig ist und die Anlagen daher für außerschulische Nutzungen nicht zur Verfügung stehen.

Dies hat zur Folge, dass auch für die Fortführung der bisherigen Nutzung durch Herzogenauracher Vereine (z. B. Vorbereitung auf das Deutsche Sportabzeichen bzw. Abnahme der Prüfungen) eine Anpassung des aktuellen Planungsrechts erforderlich ist.

Unter dem Gesichtspunkt fehlender zusätzlicher alternativer Sportflächen für Herzogenauracher Sportvereine und Schulen soll mit der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 40 „Berufsschule – 1. Änderung“, nach § 13a BauGB die planungsrechtliche Zulässigkeit für eine erweiterte Nutzung geschaffen werden.

In Vorbereitung dieser Bebauungsplanänderung wurde eine schalltechnische Untersuchung zum Sportanlagenlärm durchgeführt.

Im Ergebnis dieser Untersuchung wurde nachgewiesen, dass sich unter Berücksichtigung des stattfindenden Schulsports eine erweiterte Nutzung mit einer allgemeinen Sportausübung verträglich in die Gesamt-Sportlärmsituation am Standort einfügt und dass die Vorgaben der Sportanlagenlärmschutzverordnung sicher eingehalten werden können.

Entsprechend der städtebaulichen Zielsetzung wird daher die Festsetzung zur Art der baulichen Nutzung für das Sondergebiet wie folgt geändert:

Im Sondergebiet im Sinne des § 11 Abs. 2 BauNVO ist eine Berufsschule und sämtliche dazugehörigen Einrichtungen, einschließlich Sportflächen zulässig.

Eine außerschulische Nutzung der Einrichtungen (z. B. Vereinsnutzung) einschließlich der Sportflächen ist zulässig.

Damit wird ermöglicht, dass unter Einhaltung der Sportanlagenlärmschutzverordnung die Nutzergruppen erweitert werden. Die Nutzung der Außensportanlagen wird für die schulische Nutzung und die ergänzte Nutzungsmöglichkeit durch Vereine auf Werktage im Zeitraum 8-20 Uhr beschränkt. Für den Vereinssport ist lediglich ein Trainingsbetrieb vorgesehen der keine Punktspiele, Wettkämpfe o.ä. umfasst.

Die zeichnerischen und textlichen Festsetzungen im Bebauungsplan Nr. 40 „Berufsschule – 1. Änderung“, nach § 13a BauGB werden unter Berücksichtigung der Bestandsbebauung und der Gestaltung des Gesamtareals angepasst. Aus diesem Grund erfolgt auch die Einbeziehung der im Süden des Änderungsplans festgesetzten „privaten Grünfläche“ in den Geltungsbereich. Hierbei

handelt es sich um eine bislang unbeplante "Teilfläche" des Gesamtgrundstücks der staatlichen Berufsschule Herzogenaurach.

5. Bebauungsplan Nr. 40 "Berufsschule" - 1. Änderung, nach § 13a BauGB; Zustimmung zum Vorentwurf
--

Beschlussvorschlag:

Dem Vorentwurf des Bebauungsplanes Nr. 40 „Berufsschule“ – 1. Änderung, nach § 13a BauGB vom 11. November 2022 wird zugestimmt.

Die Unterrichtung der Öffentlichkeit zu den allgemeinen Zielen und Zwecken sowie den wesentlichen Auswirkungen der Planung gemäß § 13a Abs. 3 Nr. 2 BauGB ist vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

6. 22. Änderung des Regionalplans Region Nürnberg (7); Beteiligungsverfahren; Information
--

Information:

Der Planungsausschuss des Regionalen Planungsverbandes Region Nürnberg hat in seiner Sitzung vom 25. Juli 2022 die Einleitung des Beteiligungsverfahrens (vgl. Art. 16 BayLplG) zur 22. Änderung des Regionalplans beschlossen.

Diese Fortschreibung umfasst die Änderung des Kapitels 3 „Siedlungswesen“.

Die Änderungsbegründung, die Textteile „Ziele und Grundsätze“ und „Begründung“ sowie der Umweltbericht sind im Internet eingestellt und können unter folgenden Adressen eingesehen werden:

www.planungsverband.region.nuernberg.de unter „Aktuelles“ und

www.regierung.mittelfranken.bayern.de unter

https://www.regierung.mittelfranken.bayern.de/aufgaben/40028/57460/eigene_leistung/el_00025/index.html

Im Beteiligungsverfahren sollen nur Stellungnahmen abgegeben werden, die sich auf die vorgenommenen Änderungen des Regionalplans beziehen.

Das Kapitel 3 „Siedlungswesen“ wurde seit Inkrafttreten des Regionalplans am 1. Juli 1988 nicht fortgeschrieben. Sowohl der in den vergangenen Jahrzehnten stattfindende tiefgreifende Strukturwandel in der Region als auch Angaben zu „neueren“ Entwicklungen wie z.B. demographischer Wandel, Klimawandel, Energiewende, Flächensparen und Innenentwicklung werden nun erstmalig aufgegriffen oder aktualisiert. Mit den vorgesehenen Änderungen wird das Kapitel 3 „Siedlungswesen“ in Hinblick auf o.g. Themen und unter Berücksichtigung der bisherigen Struktur und Inhalte des Kapitels grundlegend überarbeitet und an die heutigen Umstände angepasst. Den Schwerpunkt der Fortschreibung stellen Hinweise zur bedarfsgerechten Flächenausweisung dar, mittels derer Kommunen entsprechend ihrer Stellung im System der zentralen Orte, ihrer strukturellen Ausstattungen und weiterer Merkmale zielgerichtet Flächen für Wohnen und Gewerbe ausweisen sollen.

Für die Stadt Herzogenaurach ergeben sich keine unmittelbaren Auswirkungen, so dass aus Sicht der Verwaltung auf die Abgabe einer Stellungnahme verzichtet werden kann.
In der Sitzung erfolgt eine kurze Information.

keine Abstimmung

7. Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm; Lebendige Zentren; Anmeldung für das Jahr 2023

Beschlussvorschlag:

Dem Stadtrat wird empfohlen, wie folgt zu beschließen:

Jahresanmeldung 2023 - Lebendige Zentren

- Gestaltung Schlossgraben und Schlosshof (Freianlagenplanung Rathaus)
- Sanierungsberatung Kommunales Fassadenprogramm
- Sanierungsberatung / Umsetzung ISEK (u.a. Runder Tisch „Altstadt“)
- Kommunales Förderprogramm (private Fassadensanierung)

Abstimmungsergebnis:

Herzogenaurach, 14. November 2022

Dr. German Hacker
Erster Bürgermeister